

MEINUNGS-BÖRSE

Streit zwischen Land und Sparkassen

Trickser Linsen

PETER JANSEN, DÜSSELDORF

Die Zukunft der angeschlagenen WestLB ist ungewisser denn je. In den Rettungsverhandlungen der Eigentümer versuchte Finanzminister Helmut Linsen (CDU), den Sparkassen Zugeständnisse für seinen Entwurf für ein neues Sparkassengesetz abzutricksen. Die Sparkassenverbände durchsahen seine List, die Sanierungsgespräche platzten. Über die Motive Linsens kann man nur rätseln. Schließlich waren die Eigentümer auf gutem Weg. Die Vermutung liegt nahe, dass die FDP ihn un-

ter Druck gesetzt hat. Sie will, dass sich die WestLB direkt an Sparkassen beteiligen und so ins Geschäft mit Privatkunden einsteigen kann – ein Vorhaben, das die Sparkassen mit aller Kraft bekämpfen. Über Vor- und Nachteile dieser Vertikalisierung sollen Bankexperten streiten, aber nicht im Zusammenhang mit der Rettung der WestLB. Die Arbeitsplätze bei der Großbank und der Finanzplatz Düsseldorf dürfen nicht politischem Machtstreben geopfert werden.

Schwierige WestLB-Rettung

Krach zwischen Landesregierung und Sparkassenverbänden

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN PETER JANSEN

■ Düsseldorf. Die Verhandlungen der NRW-Regierung mit den Sparkassen- und Landschaftsverbänden aus Westfalen-Lippe und dem Rheinland über die Rettung der angeschlagenen WestLB sind vorerst platzt. Die Spitzen der Sparkassenverbände brachen am späten Mittwochabend die Gespräche ab, nachdem das Land sie mit einer Reihe zusätzlicher Forderungen mit unabsehbarer Folgen konfrontiert hatte.

Finanzminister Helmut Linsen (CDU) als Vertreter der Regierung habe von den Sparkassenvertretern die Zustimmung zu dem höchst umstrittenen Entwurf eines neuen Sparkassengesetzes verlangt, hieß es vor einer Sitzung des Aufsichtsrats der WestLB. Dazu seien die Sparkassenvertreter nicht nur nicht beauftragt gewesen, wesentliche Teile von Linsens Vorstellungen lehnten sie auch aus prinzipiellen Gründen ab. Man werde nicht dabei mitmachen, wenn die Prinzipien der Sparkassenorganisation auf den Kopf gestellt würden.

Direkter Konkurrent der Sparkassen

Sichtlich verärgert zeigten sich Sparkassenvertreter über den Versuch des Landes, die Bemühungen um eine Rettung der WestLB mit dem politischen Vorhaben eines neuen Sparkassengesetzes zu verknüpfen. Bei der letzten Gesprächsrunde sei das Land aus der Funktion eines Anteilseigners an WestLB in die Rolle des Gesetzgebers geschlüpft, murrte ein Sparkassenverantwortlicher.

Ebenso verärgert reagierten die Sparkassen darauf, dass das Land Forderungen erneut vorbrachte, die im Verlauf der bisherigen Verhandlungen bereits einvernehmlich abgehandelt worden waren. Im Wesentlichen ging es dabei darum, der WestLB die Möglichkeit zu eröffnen, ins Geschäft mit Privatkunden einzusteigen (die so genannte Direktialisierung) und damit als direkter Konkurrent der Sparkassen aufzutreten. Entschieden wollen die Sparkassenverbände die direkte Beteiligung der WestLB an großen Sparkassen verhindern. Sie befürchten das Entstehen großer Metropolensparkassen, die das bisherige Gefüge aus-



Ungewollt im Rampenlicht: Der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Michael Breuer (l.) und der Präsident des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes Rolf Gerlach stellen sich in Düsseldorf den Journalisten.

FOTO: DPA

beln können. Auch bei den Vorstellungen über die weiteren Bemühungen zur Rettung der WestLB traten erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf. Nachdem sich die Eigentümer der Bank (Land, Sparkassen- und Landschaftsverbände) bereits Ende Januar verständig hatten, zwei Milliarden Euro als Sofortmaßnahme zur Verfügung zu stellen, werden jetzt weitere drei Milliarden Euro als Vorsorge gegen mögliche weitere Risiken benötigt. Da die Sparkassen sich zu weiteren

Zuschüssen nicht in der Lage sehen, will das Land als größter Einzelaktionär einen „Risikoschild“ aufstellen. Als Gegenleistung erwartet es von den Sparkassen, dass sie einen Teil ihrer Anteile an der WestLB ans Land abtreten und auf vertraglich garantierte Sonderrechte verzichten. Dabei geht es vor allem um die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern. Zwar sind die Sparkassen nach eigenen Angaben zu Gegenleistungen bereit, allerdings erst zu einem Zeitpunkt, wenn das Land tatsäch-

lich zusätzliche Mittel für die WestLBAufbringen muss. Das Finanzministerium teilte zu dem Streit lediglich mit, unter den Eigentümern sei bisher keine Einigung über das zukünftige Geschäftsmodell der WestLB erzielt worden. SPD-Finanzexpertin Gisela Walsken forderte, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und Linsen müssten ihre Konfrontation mit den Sparkassen beenden. Die Landesregierung müsse auf die Vertikalisierung verzichten. > Meinungs-Börse

Vattenfall verdient kräftig in Deutschland

■ Stockholm (dpa). Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat trotz des monatelangen Ausfalls der beiden deutschen Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel auch 2007 seinen Gewinn wieder gesteigert. Das Betriebsergebnis stieg um 2,7 Prozent auf umgerechnet 3,03 Milliarden Euro. Bei der deutschen Vattenfall-Tochter erhöhte sich das Betriebsergebnis um 10,5 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro – im Sommer waren die Preise erhöht worden.

Warnstreiks in der Stahlindustrie

■ Duisburg/Bremen (dpa). Im Tarifkonflikt der westdeutschen Stahlindustrie haben knapp 10.000 Beschäftigte mit Warnstreiks ihre Forderung nach höheren Löhnen unterstrichen. In zwölf Städten legten sie für eine oder mehrere Stunden ihre Arbeit nieder. Die größten Aktionen gab es in Duisburg (4.400 Teilnehmer), Bremen (1.500) und Krefeld (1.400). Die IG Metall fordert acht Prozent mehr Lohn und begründet dies mit der guten wirtschaftlichen Lage.

Tiefrote Zahlen bei Infineon

■ München (AP). Der Chiphersteller Infineon steckt wegen Verlusten seiner Speicherchip-Tochter Qimonda weiter in tiefroten Zahlen. Der Konzern verbuchte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2007/2008 einen Verlust 396 Millionen Euro. Die Aktie verlor zeitweise 19 Prozent. Ohne Qimonda verdiente der Konzern vor Zinsen und Steuern 65 Millionen Euro, nach 25 Millionen Euro Verlust im Vorquartal. Der Umsatz sank ohne Qimonda um drei Prozent.

Herforder baut 30 Stellen ab

■ Herford (toha). Die im Juli 2007 von der Warsteiner-Gruppe übernommene Herforder Brauerei mit 154 Vollzeitbeschäftigten verlagert ihre Verwaltung an den Stammsitz des Hauses Cramer nach Warstein. Dies bedeutet, dass 30 kaufmännische Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Einigen von ihnen könnte eine Weiterbeschäftigung in Warstein angeboten werden. Über Sozialplan, Interessenausgleich und eine Transfergesellschaft wird verhandelt.



Sonniger Moment: Schüco-Chef Dirk U. Hindrichs (mit Brille) legt Hand an die Röhre, bevor sie in der Wand verschwindet. FOTO: RUDOLF

Grundstein für Solarfabrik

■ Magdeburg (nw). 100 Millionen Euro investieren die Schüco KG und der Energiekonzern Eon in den Bau einer Produktionsanlage für Dünnschicht-Solarmodule bei Magdeburg. Das neue Werk entsteht auf einer Fläche von 100.000 Quadratmetern. Die Fabrik soll jährlich Module mit einer Leistung von 40 Megawatt produzieren.

PERSÖNLICH



Thomas Niehenke (50) ist neues Mitglied im Vorstand der Gauselmann AG. Zuletzt war er in der Merkur-Spielothek, einem Tochterunternehmen der Gauselmann-Gruppe, Sprecher der Geschäftsführung. Gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Rolf Klug wird er zukünftig die Entertainmentcenter der Gauselmann-Gruppe verantwortlich mitgestalten.



Klaus Zumwinkel, Post-Chef, wird im Dezember 65. Sein Vertrag bei der Post läuft im November aus. Laut Financial Times wird er zum Jahresende auch als Aufsichtsratschef der Deutschen Telekom abtreten. Doch das Alter dürfte nicht der einzige Grund sein, wird spekuliert. Er gelte seit längerem als angezählt. Die Post hat Probleme – vor allem in den USA. FOTO: AP



Thomas Middelhoff (54), Vorstandsvorsitzender bei Arcandor, wird Mitglied im Hochschulrat der Universität Münster. Middelhoff hatte dort Betriebswirtschaftslehre studiert. In das achtköpfige Gremium wurden auch Physik-Nobelpreisträger Johannes Georg Bednorz und der Präsident des Berliner Robert-Koch-Instituts, Reinhard Kurth, berufen. FOTO: DPA

Intelligence schafft 150 neue Stellen

Softwareunternehmen steigert Umsatz und Gewinn / Vorstandschef Vogel hat Interesse an Übernahmen

■ Bielefeld (mika). Die Bielefelder Intelligence AG hat im vergangenen Jahr mehr als 150 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der SAP-Dienstleister, das größte Softwareunternehmen der Region, zählt inzwischen 1.228 Mitarbeiter. „Der Parkplatz in Bielefeld, den wir gerade erst erweitert haben, ist schon wieder überfüllt“, kommentierte Vorstandschef Herbert Vogel die Entwicklung augenzwinkernd.

Furcht vor einem Konjunktur-einbruch hat Vogel weiterhin nicht. Im Gegenteil: Der Auftragsbestand sei überproportional um 28 Prozent gewachsen und habe jetzt ein Volumen von mehr als 150 Millionen Euro. 2007 war für Intelligence in jeder Hinsicht ein Erfolgsjahr, wie Vogel erklärte: Der Umsatz sei um 16,5 Prozent auf 190,9 (Vorjahr: 163,8) Millionen Euro gestiegen und habe damit die Prog-

nosen noch übertroffen. Intelligence habe stärker zugelegt als die Konkurrenz und damit Marktanteile gewonnen. Der Ebit-Gewinn (vor Zinsen und Steuern) wuchs um 62 Prozent auf 11,5 Millionen Euro. Die Umsatzrendite habe sich dadurch von 4,3 auf 6,0 Prozent verbessert. Im letzten Quartal des Jahres sei die Marge mit 6,7 Prozent noch besser gewesen. Das Unternehmen, das im ver-

gangenen Jahr zu 87 Prozent von der japanischen NTT Data Corporation übernommen worden war, sieht sich inzwischen selbst nach Übernahmekandidaten um. Gelegenheiten, etwa im Bereich Rechenzentren, würden geprüft, so Vogel. Der Vorstandschef verwies auf eine Eigenkapitalquote von mehr als 40 Prozent. 2008 sollen Umsatz und Profitabilität weiter wachsen. NTT dürfte sich freuen.

Jetzt geht's an die Sanierung

Wie Investor Peter Gschwend die Schiederaner Möbelwerke wieder auf die Beine bringen will

VON MARIANNE SCHWARZER

■ Schieder-Schwalenberg. „Das Zittern ist zu Ende – die Schieder-Möbelwerke sind gerettet.“ Für diese Botschaft ernannte Insolvenzverwalter Klaus Pannen gestern Mittag den Beifall der Mitarbeiter des insolventen Möbelherstellers. Der neue Besitzer Peter Gschwend sieht das differenzierter: „Die Rettung fängt jetzt erst an“, sagt er. Per Betriebsübergang übernimmt Gschwend mit drei Gesellschaftern das Ruder. Die Mitarbeiter bekommen keine neuen Arbeitsverträge, sondern behalten ihre Rechte – wenn auch mit zeitlich begrenzten Einschränkungen: Verzicht auf Weih-

nachts- und Urlaubsgeld sowie eine unbezahlte Aufstockung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. „Wir haben nicht verhandelt, weil wir möglichst billig an eine Fabrik kommen wollten“, sagte der gebürtige Schweizer. Er will in Schieder etwas auf die Beine stellen: „Wir haben hier eine kleine Tischlerei, die vielleicht 12, 20 oder 40 Stück am Tag produziert. Wir dagegen produzieren 1.500 Polstergarnituren am Tag. Unsere Vertriebsmaschine will ich nutzen, um auch die Schränke aus Schieder zwischen Sofia und Portugal zu verkaufen. Das sind keine Mehrkosten, aber mehr Absatz.“ Die Möbelwerke verfügten eu-

ropaweit über die beste technische Ausstattung. Das sei ein großer Markt Vorteil. Nach Informationen dieser Zeitung ist Gschwend mit 55 Prozent an

den künftigen Cotta-Möbelwerken beteiligt. Die restlichen 45 Prozent teilen sich der langjährige Schieder-Möbel designer Dolf Langemann (63), Udo Horstbrink (58), der bis zur Krise Geschäftsführer bei der Schieder-Tochter Interline war, sowie der jetzige Geschäftsführer der Möbelwerke, Dirk Schmidtmeier (43). Alle drei seien mit ihrem privaten Vermögen an der Investition beteiligt. „Das gewährleistet, dass sie vollen Einsatz bringen.“ Mit zwei Millionen Grundkapital geht Gschwend an die Sache heran. „Wir bringen hier überdies große Darlehen aus anderen Unternehmen ein.“ Mit Heuschrecken habe er nichts zu tun, so der Investor. Das sei in Schieder wohl der Fehler gewesen: „Es muss sich erst jemand mit Heuschrecken einlassen, um in ihre Fänge zu geraten.“



Die drei Mitinvestoren: Udo Horstbrink, Dolf Langemann, Dirk Schmidtmeier (v.l.). FOTOS: MARIANNE SCHWARZER

Balda-Aktie im Sturzflug

■ Bad Oeynhausen (juk). 414 Millionen Euro Umsatz will die Balda AG in diesem Jahr machen. Der Handy-Zulieferer aus Bad Oeynhausen rechnet dabei mit einem Gewinn von 24 Millionen Euro vor Steuer. Die Zahlen, die Balda gestern bekannt gab, begeisterten die Anleger offensichtlich nicht. Die Balda-Aktie verlor gestern massiv um zeitweise fast 30 Prozent. „Das beunruhigt uns schon“, räumte Unternehmenssprecher Clas Röhl ein. „Es ist ja auch unbestritten, dass die Erwartungen der Analysten deutlich höher waren.“ Marktbeobachter hatten mit einem Jahresumsatz von 480 Millionen Euro und einem Vorsteuerergebnis von 37 Millionen Euro für 2008 gerechnet. „Wir sind ganz bewusst mit einer konservativen Schätzung in den Markt gegangen“, so Röhl. Erstmals nannte Balda Zahlen auf US-Dollar-Basis. „Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, dass unser Geschäftsfokus stark in Asien liegt. Dort fakturieren wir in Dollar“, so Röhl.

Offen bleibt die Frage, wie hoch die Verluste der inzwischen verkauften Tochter Balda Solutions 2007 waren und welche Auswirkungen das auf die Balda AG hat. Vergangene Woche hatte es Spekulationen gegeben, dass die Verluste bis zu 40 Millionen Euro groß sein könnten. Dies wies Balda-Vorstandschef Joachim Gut zurück. Konkrete Zahlen aber gab es dazu auch gestern nicht. „Wir stecken mitten in dem sehr komplizierten Jahresabschluss für 2007“, so Röhl. Die Zahlen will Balda am 19. März vorlegen.

Ackermann warnt vor neuer Schockwelle

■ Frankfurt (AP/dpa). Trotz der globalen Finanzmarktkrise hat die Deutsche Bank 2007 einen Rekordgewinn erzielt. Während andere internationale Großbanken teils tiefrote Zahlen meldeten, erzielte der deutsche Branchenprimus einen um 7 Prozent höheren Nettogewinn von 6,5 Milliarden Euro. Der Vorsteuerertrag lag bei 8,7 Milliarden Euro, ein Plus von 5 Prozent im Vergleich zu 2006. Doch Bankchef Josef Ackermann befürchtet international eine weitere Schockwelle für die angespannten Märkte: Aktuelle Schwierigkeiten bei US-Kreditversicherern könnten für die Finanzmärkte zu einem „Tsunami“ vergleichbar der Subprime-Krise werden, sagte er Bloomberg TV. Die US-Immobilienkrise machte sich zwar auch bei der Deutschen Bank bemerkbar, aber bei weitem nicht in dem Ausmaß wie bei Konkurrenten. Im vierten Quartal 2007 verdiente die Deutsche Bank vor Steuern 25 Prozent weniger als im Jahr zuvor, übertraf aber die Erwartungen von Analysten und musste zudem keine neuen Abschreibungen wegen der Kreditkrise vornehmen. Auch 2008 soll der Gewinn steigen.